



## Antrag

der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

### **Kommunale Daseinsvorsorge erhalten, die Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) stoppen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Beratungen auf Bundesebene über die Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes insbesondere die bisherige Abgrenzung kommunaler und privater Zuständigkeiten bei der Hausmüllentsorgung erhalten bleibt.

Begründung:

Die Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushaltungen ist eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse und damit eine Daseinsvorsorgeaufgabe, deren Erfüllung in der Verantwortung der öffentlichen Hand liegen muss. Das noch geltende Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) basiert auf dem Wert und der besonderen Funktion der öffentlich-rechtlichen Hausmüllentsorgung. Es weist die Aufgabe der Hausmüllentsorgung den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern zu.

Der Entwurf des KrWG zielt über die beabsichtigte Liberalisierung der Abfallwirtschaft auf die Abkehr von garantierten kommunalen Strukturen ab. Private Entsorger sollen sich in Zukunft aussuchen können, welche Wertstoffe in welchem Gebiet für welchen Zeitraum von ihnen gesammelt werden können.

Über Jahrzehnte haben die Kommunen in Deutschland mit erheblichem Aufwand Entsorgungsstrukturen geschaffen, die eine umweltverträgliche und zunehmend auch getrennte Erfassung von Wertstoffen einschließlich einer hochwertigen Verwertung der vielfältigen Haushaltsabfälle gewährleistet. Diese Entwicklung weist in die richtige Richtung und muss fortgesetzt werden. Die Abfallpolitik muss noch stärker darauf ausgerichtet werden, wertvolle Rohstoffe aus Abfällen wiederzugewinnen. Eine zukunftsfähige Abfallwirtschaft muss Ressourceneffizienz, Umweltverträglichkeit und Klimaschutz zum Ziel haben.

Die von der Bundesregierung beabsichtigten Änderungen gefährden die bisher geschaffenen kommunalen Strukturen und deren Fortentwicklung, da Gewinne privatisiert werden sollen, während die nicht rentablen Felder der Abfallwirtschaft weiterhin von der Kommune übernommen und vom Bürger durch höhere Abfallgebühren finanziert werden müssen. Diese „Privat vor Staat“-Strategie muss verhindert werden.

Jürgen Weber  
und Fraktion

Marlies Fritzen  
und Fraktion

Heinz-Werner Jezewski  
und Fraktion